



# ENERGIEWIRTSCHAFTLICHE TAGESFRAGEN

ZEITSCHRIFT FÜR ENERGIEWIRTSCHAFT · RECHT · TECHNIK UND UMWELT

7/8 · 2018

ZUKUNFTSFRAGEN

Globale Entwicklung der  
CCS-Technologie

DEKARBONISIERUNG

Weltweiter Ausbau  
erneuerbarer Energien;  
EEG-Ausschreibungen

ENERGIEMARKT

Risikoallokation  
bei Energieversorgungs-  
unternehmen

>> ERNEUERBARE ENERGIEN



POTENZIALE UND ENTWICKLUNGEN

Di Nucci, Maria Rosaria; Krug, Michael (2018): Innovative und übertragbare Modelllösungen zur Förderung eines fairen Windenergieausbaus. *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 68. Jg. (2018) Heft 7/8 S. 16-20.

### **Abstract**

The article presents preliminary results of the Horizon 2020 project WinWind coordinated by FFU. The WinWind project examines proven, practical measures seeking to enhance the local acceptance of wind energy and develops a portfolio of "good practices" that takes into account the specific local, regional and national contexts. The "Thuringian Model" can be regarded as a positive example that can also generate added value for other regions in Germany and even for Europe. The article outlines essential elements of the approach, describes current transfer initiatives, in particular the new label for fair wind energy developers in Schleswig-Holstein, explores the limits of state-level resp. regional policy regulations and outlines currently discussed proposals for nationwide solutions.

# Innovative und übertragbare Modelllösungen zur Förderung eines fairen Windenergieausbaus

Maria Rosaria Di Nucci und Michael Krug

*Das EU-Projekt WinWind untersucht erprobte, praxisnahe Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz für die Windenergie und entwickelt ein Portfolio von „Good Practices“, die unter Berücksichtigung der spezifischen lokalen, regionalen und nationalen Kontexte übertragbar sind. Das „Thüringer Modell“, ist ein Beispiel, das auch einen Mehrwert für andere Regionen in Deutschland und sogar in Europa generieren kann. Der Beitrag skizziert wesentliche Bausteine des Ansatzes, beschreibt aktuelle Transferinitiativen, insbesondere das neue Gütesiegel für faire Windparkplaner in Schleswig-Holstein, lotet die Grenzen landespolitischer Regelungen aus und umreißt aktuell diskutierte Vorschläge für bundeseinheitliche Lösungsansätze.*

Die Windkraft spielt für die Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung und für die Umsetzung der Energiewende eine besonders wichtige Rolle. Allerdings wird neben marktbedingten, politisch-administrativen, technischen und geographischen Hemmnissen die sinkende Akzeptanz auf lokaler Ebene zu einem Engpassfaktor beim Ausbau der Windenergie. Vor diesem Hintergrund rücken Maßnahmen zur Förderung der sozialen Akzeptanz im Bereich der Windenergie zunehmend in den Fokus von Wissenschaft und Praxis.

## Beispiele Guter Praxis für die Akzeptanz-Förderung

Beispiele aus der Praxis und eine zunehmende Anzahl von empirischen Studien auf europäischer Ebene zeigen, dass lokale Konflikte um die Windenergienutzung durch einen integrativen Ansatz, der die unterschiedlichen Bedürfnisse und Erwartungen der Interessengruppen sowie die regionalen oder lokalen Prozesse und Kulturen berücksichtigt, vermieden bzw. adressiert und überwunden werden können. Die Empirie zeigt auch die Bedeutung von „positiven Narrativen“, beispielsweise durch die Dissemination von Leuchtturmprojekten, welche die Bürger einbeziehen, Gemeinwohleffekte und lokale Nutzen generieren und die öffentliche Meinung positiv beeinflussen. Vor allem wird deutlich, wie wichtig die Entwicklung von Kommunikationsstrategien ist, die mit Hilfe guter Beispiele die „stille“ Gruppe von Unterstützern in lokalen Gemeinschaften und die Gruppe der unentschlossenen Personen adressieren.

Im Projekt WinWind [1] werden im Rahmen von Fallstudien bewährte Maßnahmen zur Förderung eines sozial und ökologisch verträglichen Ausbaus der Windenergie identifiziert, untersucht und diskutiert. Diese liefern ein mögliches Portfolio optimaler (best practice) Fälle, die potenziell adaptiert und unter bestimmten Bedingungen oder durch Änderung bestimmter Variablen repliziert werden können. Eines der Projektziele von WinWind ist es darüber hinaus, die untersuchten Ansätze international bekannter zu machen und Transfers innerhalb bzw. zwischen den Partnerländern anzustoßen. Dabei werden neben Maßnahmen der Windindustrie (Projektentwickler, Planer, Betreiber, Investoren), auch solche, die durch öffentliche bzw. politisch-administrative Akteure umgesetzt werden, sowie kombinierte Ansätze untersucht.

Die identifizierten Maßnahmen müssen als technisch durchführbar gelten und leicht zu erlernen und umzusetzen sein. Sie müssen aber auch effektiv (im Sinne der Zielerreichung) sein. In diesem Kontext spielt auch die Replizierbarkeit und Anpassungsfähigkeit eine wichtige Rolle, d.h. diese Praktiken müssen auch für andere Kontexte anpassbar und übertragbar sein. Die in der Tabelle aufgeführten Kriterien werden angewandt, um bewährte Maßnahmen zu überprüfen und die „besten“ auszuwählen.

## Gute Praxis in der WinWind-Zielregion Thüringen

Beispielhafte Maßnahmen zur Förderung der sozialen Akzeptanz im Bereich der Windenergie rücken zunehmend in den Fokus von Wissenschaft und Praxis. Dabei wird das

„Thüringer Modell“ von Branchenvertretern, Kommunen und Experten als erfolgreicher bzw. erfolgversprechender Lösungsansatz bewertet. Bei dem Modell handelt es sich um einen integrierten Ansatz: Die Thüringer Energie und GreenTech-Agentur (TheGA) bietet durch ihre Servicestelle Windenergie zum einen vielfältige, zielgruppenspezifische Informations-, Beratungs-, und Unterstützungsmaßnahmen. Darüber hinaus vergibt sie im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen ein Gütesiegel für Projektierungsunternehmen, das auf fünf Leitlinien für faire Windenergie basiert.

Das Modell entspricht weitgehend den in der Tabelle 1 beschriebenen und von WinWind festgelegten Kriterien von Effektivität, Machbarkeit, Innovationsfähigkeit, Übertragbarkeit sowie Modellcharakter/Relevanz. Die Leitlinien adressieren zunehmend auch Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit. Das Modell hat insbesondere seine Übertragbarkeit bewiesen, wie aktuelle Transferinitiativen in anderen Bundesländern zeigen (siehe unten).

## Das Thüringer Modell: Integrierter Ansatz

Die Servicestelle Windenergie der TheGA wurde 2015 gegründet und fungiert als zentrale Beratungs- und Informationsinstanz für Windenergie im Freistaat. Sie ist an die Thüringer Energie und GreenTech-Agentur (TheGA) angegliedert und unterstützt im Auftrag der Thüringer Landesregierung Bürger, Kommunen und Projektierungsunternehmen mit zielgruppenspezifischen Angeboten. Finanziert wird die Stelle über Landesmittel und Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung

**Tab. 1: Kriterien für die Definition und Auswahl von Good Practices**

Kriterien	Leitfragen
Effektivität	Inwieweit trägt die Maßnahme dazu bei, die lokale Akzeptanz zu erhöhen bzw. Barrieren für die lokale Akzeptanz zu überwinden?
Machbarkeit	Inwieweit kann die Maßnahme reibungslos und kosteneffizient durchgeführt werden?
Innovationsfähigkeit	Inwieweit ist die Maßnahme selbst innovativ oder fördert innovative Maßnahmen / Praktiken?
Übertragbarkeit	In welchem Umfang und unter welchen Bedingungen kann die Maßnahme ganz oder teilweise auf andere Regionen desselben Landes oder anderer Länder übertragen werden und weist eine hohe Replizierbarkeit auf, insbesondere in Regionen mit unterdurchschnittlichem Windenergieausbau?
Modellcharakter/ Relevanz	Inwieweit ist die Maßnahme relevant / stellt ein Modell für Regionen mit unterdurchschnittlichen Windenergieausbau dar, einschließlich WinWind-Zielregionen oder anderen Regionen / Ländern?
Nachhaltigkeit	Inwieweit trägt die Maßnahme dazu bei, weitere Ziele der sozialen Nachhaltigkeit (z.B. Chancengleichheit, Partizipation, Geschlechtergerechtigkeit, Beschäftigungsqualität) und ökologischen Nachhaltigkeit zu erreichen?

(EFRE). Bei der Einrichtung der Servicestelle orientierten sich die Akteure am Vorbild des Landkreises Steinfurt in Nordrhein-Westfalen, der bereits 2011/2012 eine ähnliche Servicestelle eingerichtet hatte. Die Servicestelle Windenergie unternimmt vielfältige Informations-, Beratungs-, Dialog- und Unterstützungsmaßnahmen für Bürger, Kommunen und Projektierer. Das Spektrum dieser Maßnahmen umfasst:

- Erstberatung zu Handlungsmöglichkeiten für Kommunen;
- fachliche Unterstützung für Stadt- und Gemeinderäte;
- Weiterbildungsfahrten für kommunale Entscheidungsträger und andere Akteure;
- Beratung von Land- bzw. Forstwirten und Agrarbetrieben zur Flächenpacht;
- regelmäßige Bürgersprechtag;
- Information/Beratung zu Bürgerbeteiligungsmodellen;
- Organisation regionaler Dialogveranstaltungen;
- Initiierung und Begleitung von Interessengemeinschaften für Flächeneigentümer;
- Hilfestellung/Moderation bei lokalen Konflikten.

Ausschlaggebend für die Gründung der Servicestelle war unter anderem die Tatsache, dass 90 % der Investoren in Thüringen nicht aus der Region kamen und es bis vor kurzem nur einen Bürgerwindpark gab. Das erwies sich besonders problematisch für

die lokale Akzeptanz, da Standortgemeinden zwar teilweise Pacht und Gewerbesteuer einnehmen, aber die Erlöse aus dem EEG und die eigentlichen Gewinne häufig aus den Regionen abfließen. Auch andere Organisations- und Rechtsformen wie Kommanditgesellschaften mit Bürgerbeteiligung oder Kooperationen zwischen Kommunen, Stadtwerken und Bürgern waren bisher vergleichsweise wenig verbreitet.

Zu den Bausteinen des „Thüringer Modells“ gehört auch das von der Servicestelle Windenergie initiierte Gütesiegel „Partner für faire Windenergie Thüringen“, das seit 2016 durch die Servicestelle an Projektierer und Planer vergeben wird. Grundlage für die Vergabe des Siegels sind fünf Leitlinien für faire Windenergie, die die von der Servicestelle im Auftrag der Landesregierung entwickelt wurden:

- Beteiligung aller Interessengruppen im Umfeld eines Windparks während der gesamten Projektierungsphase;
- Sicherstellung eines transparenten Umgangs mit projektrelevanten Informationen vor Ort, Bereitstellung von Unterstützungs- und Aufklärungsangeboten;
- faire Teilhabe aller Betroffenen und Anwohner, auch der nicht unmittelbar profitierenden Flächeneigentümer,
- Einbeziehung der regionalen Energieversorger und Kreditinstitute,

- Entwicklung einer direkten finanziellen Beteiligungsmöglichkeit für Thüringer Bürger, Unternehmen und Kommunen.

Das Siegel soll gegenüber anderen Marktteilnehmern eine positive Differenzierung im Hinblick auf die glaubwürdige Umsetzung von Mitspracherecht und die Stärkung der Wertschöpfung vor Ort ermöglichen. Inzwischen haben sich 50 Projektierungsunternehmen vertraglich zur Einhaltung dieser Leitlinien verpflichtet und das Gütesiegel erhalten.

### Erfolgsmodell mit Vorbildcharakter?

Zwar können transparente Informationen, frühzeitige Beteiligung der Bürger, informelle Beteiligungsformate und finanzielle Teilhabe der Bürger und Standortgemeinden die Chancen für Akzeptabilität vor Ort erhöhen, doch sind diese Maßnahmen für sich genommen kein Patentrezept. Soziale Akzeptanz wird von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt und ist stark orts- und kontextabhängig, einfache Kausalbeziehungen gibt es nicht. Wichtig für die lokale Akzeptanz sind aber neben Gerechtigkeitsaspekten (insbesondere Verfahrensgerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, also die gerecht empfundene Verteilung von Kosten und Nutzen), vor allem das Vertrauen der Bürger in die Akteure und Entscheidungsprozesse vor Ort. Die Akzeptanz- und Beteiligungsforschung unterstreicht die Bedeutung ganzheitlicher und integrierter Ansätze, Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit müssen stärker zusammengedacht werden [2]. Darüber hinaus wird zunehmend die Bedeutung professioneller, intermediärer Beratungs- und Unterstützungsorganisationen und deren potenziell vertrauensbildende und akzeptanzfördernde Wirkung betont [3].

In diesem Sinne kann man das Thüringer Modell durchaus als erfolgversprechend charakterisieren. Die Maßnahmen wirken tendenziell vertrauensbildend. Überzeugend ist der basisorientierte und integrierte Ansatz und die gleichzeitige Adressierung von Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit, wobei insbesondere die Wertschöpfung vor Ort gestärkt werden soll. Zwar ist die Servicestelle nicht unabhängig, da sie sich im Eigentum des Landes befindet und vom Land finanziert wird. Doch sie hat den Anspruch, neutral zu

beraten. Auch wenn bislang noch keine systematische Evaluierung bzw. Wirkungsanalyse durchgeführt wurde, zieht die Servicestelle eine positive Zwischenbilanz ihrer bisherigen Aktivitäten [4]:

- Die Servicestelle wird in eine Vielzahl von Windprojekten in Thüringen eingebunden.
- Die Transparenz hat sich für Bürger und Kommune merklich erhöht und Maßnahmen zur Wertschöpfungssteigerung und Akzeptanz konnten angestoßen werden.
- Es entstanden diverse Pilotprojekte in Zusammenarbeit aller Interessengruppen: wie bspw. Repowering Thüringen, kommunaler Windpark, bedarfsgerechte Befeuerung, sinnvolle Ausgleichmaßnahmen.
- Außerdem gibt es Signale aus der Branche, dass es in Thüringen nahezu unmöglich geworden ist ohne das Gütesiegel arbeiten zu wollen.

Das Thüringer Modell setzt Standards und findet auch über die Grenzen des Freistaats hinaus immer mehr Beachtung. Inspiriert von den Aktivitäten in Thüringen haben die Branchenakteure in Schleswig-Holstein inzwischen eigene Leitlinien und ein eigenes Gütesiegel für Projektierer veröffentlicht (siehe nächster Abschnitt). Im Landtag Sachsen-Anhalts beantragte bereits 2016 die Fraktion der Linken, eine Servicestelle in Kombination mit einem Gütesiegel zu etablieren. Der Antrag blieb jedoch erfolglos. Aktuell prüfen die Abgeordneten in den Landtagen Brandenburgs und Sachsens, ob sie eine Servicestelle einrichten und ein Siegel für faire Windenergie ins Leben rufen (siehe unten). Nach Informationen der Servicestelle in Thüringen zeigten auch Hessen und Mecklenburg-Vorpommern Interesse an dem Thüringer Modell [5].

### „Faire Windparkplaner Schleswig-Holstein“: Adaption des Thüringer Modells

Das Wind Energy Technology Institute der Hochschule Flensburg (WETI) hat am 18. April 2018 eine Leitlinie für „faire Windparkplaner in Schleswig-Holstein“ veröffentlicht, die am 1. Mai 2018 in Kraft trat [6]. Das entsprechende Siegel soll als Selbstverpflichtung für Planer und Planungsunternehmen dazu dienen, durch Einhaltung von

festgelegten Kriterien eine nachvollziehbare und transparente Projektplanung zu gewährleisten, die folgende Zielsetzungen hat: umfassende Information, weitreichende Beteiligung, Möglichkeiten zur Teilhabe und erhöhte Wertschöpfung in der Region.

Die Leitlinie entstand auf Initiative des BWE-Landesverbandes. Ein Sachverständigenbeirat von Planern, Betreibern, Verbänden, Institutionen, Förderinstituten und Behörden war an der Ausarbeitung der Leitlinie beteiligt. Die Prüfstelle ist bei der SCS Hohmeyer|Partner GmbH in Flensburg angesiedelt. Somit ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen für die Zertifizierung verantwortlich und deren Kosten werden von den zertifizierten Projektentwicklungsunternehmen getragen. Anders als in Thüringen begleiten staatliche Stellen den Prozess, bestimmen aber weder die Kriterien der Siegelvergabe, noch sind sie zuständig für die Siegelvergabe.

Die Leitlinien orientieren sich in vielerlei Hinsicht an denen Thüringens. Neben der Transparenz im Planungsprozess, einem fairen Umgang in den Verträgen mit Flächeneigentümern, finanziellen Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger und Gemeinden zielen die Leitlinien auf regionale Unterstützung und Wertschöpfung. Gleichzeitig wurde jedoch versucht, die Unterschiede zwischen den Bundesländern zu berücksichtigen, beispielsweise die hohe Anzahl der bereits installierten Windenergieanlagen in Schleswig-Holstein, insbesondere der bereits vorhandenen Bürgerenergiegesellschaften. In einigen Punkten gehen die Anforderungen über die Thüringer Leitlinien hinaus. Beispielsweise sind Sorgen, Bedenken und Einwände sowie deren Berücksichtigung bzw. Gründe für eine Nicht-Berücksichtigung zu dokumentieren und ggf. in die weitere Planung einzubeziehen. Auf Verlangen des Sachverständigen sind die Begründungen darzulegen. Darüber hinaus soll eine Internetseite mit einer Projektübersicht inklusive aktueller Informationen eingerichtet werden. Etwas stärkere Gewichtung findet zudem die regionale Wertschöpfung, zum Beispiel durch die Beteiligung von regionalen Unternehmen (z.B. im Straßen-, Fundamentbau), die Beschäftigung eines Mühlenwartes vor Ort und/oder die Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen vor Ort. In anderen Punkten sind wiederum

die Thüringer Leitlinien anspruchsvoller. Während die Thüringer Leitlinien eine Gewerbesteuererlegung von mindestens 90 % für die Standortgemeinde favorisieren, soll in Schleswig-Holstein lediglich eine „Besserstellung gegenüber dem gesetzlich vorgeschriebenen Anteil von 70 %“ erfolgen.

Die ersten Unternehmen, die das Gütesiegel „Fairer Windparkplaner SH“ erhalten haben, sind nach Husumer Projektierer WKN AG und sein Tochterunternehmen WKN Wertewind GmbH [8]. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Siegel am Markt behaupten wird. Allerdings stellt sich bei einer rein privatrechtlichen Zertifizierung grundsätzlich die Frage nach der Höhe der Zertifizierungskosten, und danach, inwieweit auch kleine Projektierer die Kosten tragen können. Auch die Unabhängigkeit der Zertifizierungsinstanz ist problematisch anzusehen. Schließlich geht die Glaubwürdigkeit einer Zertifizierung Hand in Hand mit der Glaubwürdigkeit der siegelvergebenden Instanz. Wie verschiedene Studien [9] zu Gütesiegeln im Bereich von Produktzertifizierungen zeigen, werden insbesondere Umwelt- und Verbraucherverbände oder Nichtregierungsorganisationen als unabhängig wahrgenommen. Hingegen wird Unternehmen und privaten Testinstituten mit Gewinnabsicht mit Skepsis begegnet.

### Aktuelle Transferinitiativen in Brandenburg und Sachsen

Im brandenburgischen Landtag stellte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 5.12.2017 einen Antrag zur Einrichtung einer Servicestelle Windenergie. Diese soll bei der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg angesiedelt werden und nach dem Thüringer Vorbild zur Akzeptanz der Windenergie beitragen. Hierfür soll sie das Qualitätssiegel „Faire Windenergie“ vergeben, Kommunen und Bürger umfassend beraten und bei konkreten Projekten die finanziellen Beteiligungsmöglichkeiten für Kommunen klären. Zudem soll die Servicestelle im Konfliktfall als unabhängiger Mediator fungieren und somit zur Schlichtung beitragen [10]. Im Wirtschaftsausschuss des Landtages fand am 18.4.2018 eine öffentliche Anhörung statt, die sich dem Antrag widmete. Dabei sprach sich die Mehrheit der eingeladenen Experten für die Einrichtung einer Servicestelle nach Thüringer Vorbild aus.

Auch in Sachsen hat die Fraktion Bündnis90/Die Grünen am 13.2.2018 einen Antrag eingebracht, dessen Ziel die Einrichtung einer Servicestelle Windenergie sowie die Erarbeitung von Leitlinien für ein Siegel „Faire Windenergie Sachsen“ ist [11]. In dem Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, in der Sächsischen Energieagentur (SAENA) eine „Servicestelle Windenergie“ zu etablieren, sowie bis zum 30. Juni 2018 Leitlinien für ein Siegel „Faire Windenergie Sachsen“ zu erarbeiten und umzusetzen. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr überwiesen.

Bei den beiden o.g. Initiativen handelt es sich um Oppositionsanträge, was bedeutet, dass die Durchsetzungschancen wie bereits in Sachsen-Anhalt vermutlich eher gering sein dürften. Ungeachtet der Übertragbarkeit des Modells stellt sich die Frage der Sinnhaftigkeit, in jedem Bundesland eigene Leitlinien bzw. Gütesiegel zu etablieren. Zielführender

ist es vermutlich, gerade auch vor dem Hintergrund der wettbewerbsorientierten Ausschreibungen, nach bundeseinheitlichen Mindeststandards zu suchen, um potenziell wettbewerbsverzerrende Wirkungen zu vermeiden und gleiche Spielregeln für alle zu etablieren.

Denkbar wäre auch eine bundesweite Selbstverpflichtung der Branche. Derartige Modelle gibt es in einigen anderen Ländern wie Finnland, Irland, Niederlande oder Schweden, wo sich die Branchenakteure auf entsprechende Verhaltenskodizes (Code of Conduct/ Code of Practices) in Bezug auf Akzeptanz und Bürgerbeteiligung geeinigt haben.

### Auf der Suche nach einer bundeseinheitlichen Lösung

Auf Bundesebene werden seit einigen Monaten Vorschläge für eine bessere finanzielle

Teilhabe der Bürger und Standortgemeinden diskutiert [12]. Auch der Koalitionsvertrag sieht u.a. vor, durch eine bundeseinheitliche Regelung die Standortgemeinden stärker an der Wertschöpfung von Erneuerbare Energien-Anlagen zu beteiligen und die Möglichkeiten einer Projektbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verbessern, ohne dass dies insgesamt zu Kostensteigerungen beim EE-Ausbau führt. Die meisten der aktuell diskutierten Vorschläge beschränken sich allerdings auf eine rein finanzielle Teilhabe der Bürger/-innen und Gemeinden.

Hingegen sieht der im Januar 2018 veröffentlichte Vorschlag [13] des Think Tank Agora Energiewende neben einer finanziellen Beteiligung der betroffenen Gemeinden in Form einer zweckgebundenen Sonderabgabe auch verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung und Professionalisierung der Öffentlichkeitsbeteiligung vor. Agora plädiert, nicht zuletzt inspiriert durch das Vorbild

Thüringens und anderer Bundesländer, für die Einrichtung „zentraler Stellen“ auf Landesebene, welche Vorhabenträger und Genehmigungsbehörden bei der Durchführung der Verfahren unterstützen. Außerdem sollen auf lokaler Ebene Bürgervertrauenspersonen bestellt werden. Die Vorschläge sind im Sinne der Akzeptanzförderung durchaus zielführend, aber relativ kostenintensiv und dürften angesichts des hohen Finanzbedarfs auf Widerstände stoßen.

## Bewertung und Ausblick

Das Thüringer Modell ist aufgrund seines ganzheitlichen Ansatzes durchaus vielversprechend. Allerdings fehlt bislang eine systematische Evaluation und Wirkungsanalyse, die untersucht, inwieweit diese Maßnahmen tatsächlich akzeptanzsteigernd wirken und dazu beitragen, Vertrauen aufzubauen, Friktionen vor Ort zu vermeiden bzw. bestehende Konflikte zu lösen. Das Modell entfaltet über Thüringen hinaus Ausstrahlungskraft. In Schleswig-Holstein haben die Branchenakteure das Gütesiegel in Kombination mit einer Zertifizierungslösung adaptiert, wobei man sich für einen privatwirtschaftlichen, marktorientierten Ansatz entscheiden hat. Dort muss sich noch zeigen, inwieweit das Siegel vom Markt tatsächlich angenommen wird. In anderen Bundesländern gibt es ebenfalls Bestrebungen, das Modell ganz oder teilweise zu adaptieren. Im Rahmen des WinWind-Projektes ist es deshalb geplant, das Thüringer Modell als Beispiel Guter Praxis einer tiefgehenden Analyse zu unterziehen.

Aufgrund der Vielschichtigkeit der Problematik sind Maßnahmen zur Akzeptanzförderung generell zeit-, personal- und ressourcenintensiv. Dies steht allerdings in einem diametralen Gegensatz zum wachsenden Preis- und Kostendruck, den die Umstellung des Förderregimes auf ein wettbewerbsorientiertes Ausschreibungssystem mit sich gebracht hat. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, wächst der Bedarf an übergeordneten, bundeseinheitlichen, wenn nicht sogar europäischen Leitplanken bzw. Mindeststandards, die durch regionale Unterstützungsmaßnahmen nach dem Vorbild Thüringens flankiert werden müssen. Dies verdeutlicht gleichzeitig die Mehrebenen-Problematik von sozialer Akzeptanz und den

Bedarf für eine abgestimmte Vorgehensweise auf verschiedenen Politikebenen.

Im kommenden Jahr wird sich das Projekt WinWind verstärkt mit Fragen der direkten und indirekten finanziellen Teilhabe von Bürgern und Standortgemeinden auseinandersetzen (z.B. Bürgerenergie, Bürgerstromangebote, Bürgerstiftungen, Kompensationen, „community benefits“). Es wird u.a. analysiert, ob und unter welchen Bedingungen diese Instrumente auf lokaler Ebene akzeptanzfördernd (oder akzeptanzhemmend) wirken und zur Förderung einer sozial- und umweltgerechten Windenergieentwicklung in den ausgewählten Regionen beitragen).

## Anmerkungen

[1] Eine Kurzbeschreibung des WinWind-Projektes findet sich in der diesjährigen Aprilausgabe der Energiewirtschaftlichen Tagesfragen. Vgl. Di Nucci, M.R.; Krug, M.: Akzeptanz von Windenergie in Regionen mit schwachem Windenergieausbau. *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 68. Jg. (2018) Heft 4, 40-43.

[2] Siehe beispielsweise Schaefer, M., Keppler, D.: Modelle der technikorientierten Akzeptanzforschung. *Zentrum Technik und Gesellschaft. Discussion paper* Nr. 34/2013; Gotchev, B.: Bundesländer als Motor einer bürgernahen Energiewende? Stand und Perspektiven wirtschaftlicher Bürgerbeteiligung bei Windenergie an Land. IASS Working Paper 2016, S. 35; FA Wind: Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Kontext der Windenergie. Von der Theorie in die Praxis. Berlin 2017.

[3] Siehe beispielsweise Devine-Wright, P. et al.: A conceptual framework for understanding the social acceptance of energy infrastructure: Insights from energy storage, *Energy Policy*, Volume 107, 2017, Pages 27-31.; Devine-Wright, P.: Fostering Public Engagement in Wind Energy Development: The Role of Intermediaries and Community Benefits. In: Szarka J. et al. (eds.): *Learning from Wind Power*. Energy, Climate and the Environment Series. Palgrave Macmillan, pp 194-214, London 2012.

[4] Notroff, R. (2017): „Siegel für faire Windenergie Thüringen“; [www.kommunalerneuer-bar.de/fileadmin/content/PDF/Dessau\\_17/Notroff\\_ThEGA.pdf](http://www.kommunalerneuer-bar.de/fileadmin/content/PDF/Dessau_17/Notroff_ThEGA.pdf).

[5] Ebd.

[6] Siehe <http://fairewindenergie-sh.de/wp-content/uploads/2018/04/Leitlinie-Faire-Windparkplaner-SH.pdf>

[7] WKN AG: WKN ist erster „Fairer Windparkplaner Schleswig-Holsteins. Verleihung des Siegels „Faire Windparkplaner SH“ durch die unabhängige Prüf-

stelle. Pressemitteilung vom 29.5.2018. <https://www.wkn-ag.de/presse/aktuelles/>

[8] Siehe beispielsweise Speck, A.: Gütesiegel brauchen Bekanntheit und Vertrauen. (2018). <https://www.springerprofessional.de/produktstrategie/guetesiegel-brauchen-bekanntheit-und-vertrauen/10201696>; Friedel R.; Spindler, E.: Zertifizierung als Erfolgsfaktor. *Nachhaltiges Wirtschaften mit Vertrauen und Transparenz*. Springer Fachmedien. Wiesbaden 2016.

[9] Vgl. Landtag Brandenburg: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Akzeptanz für Windenergie stärken – Servicestelle bei der Energieabteilung der WFBB einrichten. Drucksache 6/7722. (2018) [https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_7700/7722.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7700/7722.pdf)

[10] Sächsischer Landtag: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Windenergie: Konflikte lösen, Bürger und Kommunen beteiligen, Ausbau voranbringen. Drucksache 6/12470. (2018). [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=12470&dok\\_art= Drs&leg\\_per=6](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=12470&dok_art= Drs&leg_per=6)

[11] Eine Übersicht findet sich bei der Fachagentur Windenergie: <https://www.fachagentur-windenergie.de/aktuell/detail/kommunale-wertschoepfung.html>

[12] Agora Energiewende: Wie weiter mit dem Ausbau der Windenergie? Zwei Strategievorschläge zur Sicherung der Standortakzeptanz von Onshore Windenergie. (2018). [www.agora-energiewende.de](http://www.agora-energiewende.de).

[13] Die AGORA-Vorschläge beruhen auf zwei Untersuchungen, die vom Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität e. V. (IKEM) bzw. team ewen sowie anderen Instituten bearbeitet wurden.

---

*Dr. M. R. Di Nucci, Koordinatorin des Projektes WinWind, Forschungszentrum für Umweltpolitik, Freie Universität Berlin*  
*Dipl.-Verw.Wiss. M. Krug, Mitkoordinator des WinWind-Ländertisches Deutschland, Forschungszentrum für Umweltpolitik, Freie Universität Berlin*  
*dinucci@zedat.fu-berlin.de*  
*mikru@zedat.fu-berlin.de*